

# Diskutierte wirtschaftliche Folgen

**Beitrag von „Moebius“ vom 24. März 2020 08:51**

Kuka ist Weltmarktführer bei bestimmten Robotersystemen zu Automatisierung von Produktionsprozessen und wurde vor zwei Jahren von chinesischen Investoren aufgekauft. Gerade Übernahmen aus China sind oft staatsgetrieben mit dem Ziel, Technologie zu kaufen und nach China zu holen.

Der Staat hat mehrere Möglichkeiten, ungewollte Übernahmen aus dem Ausland zu verhindern. Diskutiert wird aktuell die der Direktbeteiligung. Das wurde zB bei der Commerzbank in der Finanzkrise gemacht. Der Konzern hat eine Kapitalerhöhung durchgeführt, die der Staat finanziert hat, dabei ist der Staat mit ca. 10% Aktienanteil eingestiegen. Er nimmt seine Aktionärsrechte dann wahr, wie jeder andere Aktionär auch, vertreten durch das Finanzministerium. Ich meine bei der Commerzbank stellt der Staat sogar einen Aufsichtsrat.

Um eine feindliche Übernahme sicher zu verhindern, bräuchte der Staat mindestens 25%, dann hätte er eine Sperrminorität, mit der er Beschlüsse blockieren könnte. Das war über Jahre zu beobachten bei VW, wo das Land Niedersachsen sehr lange diese 25% gehalten hat, um Arbeitsplatzinteressen zu schützen.

Es gibt auch andere Möglichkeiten, feindliche Übernahmen zu verhindern. Bei systemrelevanten Firmen kann diese auch einfach untersagt werden, in anderen Branchen kann man andere Erschwernisse einbauen. In der Luftfahrt wäre es zB so, dass die Lufthansa automatisch alle Landerechte verlieren würde, wenn jemand, der nicht aus der EU stammt, die Kontrollmehrheit übernehmen würde. Bei Air Berlin hat das dazu geführt, dass Emirates Jahre lang bei 49% stand und nicht mehr Anteile erwerben konnte. Da sie aber gleichzeitig die Firma mit Geld am Leben halten mussten, haben sie zu sehr merkwürdigen Tricks gegriffen und Air Berlin zB das Hauseigene Bonusprogramm zu einem völlig überhöhten Preis abgekauft.